



NEWSLETTER II/2009

NORD|SÜD *news*



„Eigennutz kennt keine Farbe“ – Hausangestellte in Südafrika

Vor dem Gesetz sind Putzhilfen, Gärtner und Farmarbeiter in Südafrika als Arbeitnehmende anerkannt, seit das Land demokratisch regiert wird. Heute steht ihnen sogar ein Mindestlohn von monatlich umgerechnet etwa 100 Euro für 45 Arbeitsstunden die Woche zu, außerdem bezahlte Krankheits- und Urlaubstage. Doch der Alltag ist voll von Herabsetzungen. Oft werden die Löhne zu niedrig bemessen, Überstunden und Urlaubstage unzureichend vergütet. Köchinnen und Kindermädchen werden auch 15 Jahre nach dem Ende der Apartheid noch ausgebeutet. Sie bringen die Häuser auf Hochglanz und versorgen den fremden Nachwuchs, während sie meist isoliert in einem kargen Raum im Hinterhof ihrer Arbeitgeber wohnen. Die Hausangestellte Monica Ntuli hat mit Selbstbewusstsein um die Anerkennung ihrer Chefin gekämpft. „Ich bin eine gute

Arbeiterin und lasse mich nicht wie ein unmenschliches Wesen behandeln“, sagt die Afrikanerin. Sie setzte sich durch bei ihrer „weißen Madam“, die einen Laden besitzt: Der Lohn stieg, die unbezahlten Überstunden fielen weg, die Beleidigungen hörten auf.

Ntuli kennt ihre Rechte. Als aktives Mitglied in der Gewerkschaft für Hausangestellte genießt sie Rückhalt. Über die schlechten Bedingungen an ihrem Arbeitsplatz hat sie sogar in einer Fernsehdebatte gesprochen. Als ihre Chefin sie „ohne Grund“ feuern wollte, verweigerte sie die Unterschrift: „Sie hatte einen Satz verfasst: Ich hätte mich entschieden, zu kündigen“, sagt Ntuli. „Sie wollte mich loswerden, weil ich unbequem war und für meine Rechte eintrat.“ Mit ihrer Unterschrift hätte sie ihre Beihilfen für die Arbeitslosen-

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | „Eigennutz kennt keine Farbe“ – Hausangestellte in Südafrika S.1

Kommentiert

- | Lobby für Mindeststandards S.2

Vorgestellt

- | Casimira Rodríguez Romero; Barbara Miranda S.3

Aus der Arbeitswelt

- | Berlin: Europa macht härter S.4
- | Vereinigte Arabische Emirate: Intime Verhältnisse S.5
- | Sierra Leone: Hoffen auf den großen Stein S.6

Aus Projekten und Kampagnen

- | Unilever Pakistan: Permanente Leiharbeit; Mexiko: Gleichheit für Frauen beim Autobau S.7

Notiert

- | Korrektur von Zahlen; Widersprüche in Indien; Lebendige Erzieher; Regeln für alle S.8
- | Terminhinweise, Impressum S.8

Fortsetzung von Seite 1



Kommentiert

versicherung verloren – eine wichtige Errungenschaft seit dem neunjährigen Bestehen der Gewerkschaft. Beide Parteien müssen je ein Prozent des Lohnes einzahlen. Ntuli ist Vorsitzende der South African Domestic Service and Allied Workers Union (SADSAWU) in der Provinz Gauteng und kennt das Problem vieler Haushaltshilfen: „Sie haben Angst um ihren Job, den sie bei der hohen Arbeitslosigkeit dringend brauchen.“

SADSAWU genießt durch die Kooperation mit dem mächtigen Gewerkschaftsverband COSATU Ansehen. Aber Gelder für die Aufklärungsarbeit sind knapp. Spenden helfen den Frauen, sich besser zu organisieren. Das DGB Bildungswerk unterstützt die Gewerkschaft seit Jahren, damit Resolutionen ausgearbeitet und Weiterbildungsworkshops veranstaltet werden können.

Um ihrem Protest gegen Diskriminierung am Arbeitsplatz Gehör zu verschaffen, demonstrieren die Frauen mit Plakaten wie „Fight for your Right“ vor dem Arbeitsministerium. Sie gehen in Kirchen und auf Fußballplätze, um Mitglieder zu werben und Mut zu machen. „Wir waren Sklaven für eine lange Zeit während der Unterdrückung, diese Geisteshaltung ist auf beiden Seiten nur schwer zu ändern“, sagt Eunice Dladla, stellvertretende Generalsekretärin von SADSAWU.

Zum Ärger von Dladla verhalten sich die neuen schwarzen Herrschaften nicht besser als die alten weißen gegenüber ihren „Brüdern und Schwestern“. Sie holen sie zum Putzen aus den armen Gegenden in ihre Häuser, zahlen aber häufig zu wenig Lohn und lassen es auch an Respekt fehlen. Dladla: „Eigennutz kennt keine Farbe.“ Wer Migrantinnen aus den Nachbarländern wie Simbabwe und Malawi illegal anstellt, „unterwandert“ zudem oft den Mindestlohn. Die schutzlosen Frauen akzeptieren die Unterbezahlung aus Not. Sie nehmen an den Kampagnen von SADSAWU nur zögernd teil, selbst wenn die ihnen helfen wollen. Nach den fremdenfeindlichen Ausschreitungen im vergangenen Jahr ist das Verhältnis noch immer gespannt.

Dass jede ihre eigene Arbeitgeberin hat, macht das Organisieren und Verhandeln schwer. Arbeitnehmerrechte werden per Telefon oder schriftlich eingefordert, manchmal werden Schlichtungsgremien eingeschaltet. Seit Dladas über zwanzigjährigem Einsatz für Hausangestellte kam es nur ein einziges Mal zum Prozess vor dem Arbeitsgericht, und das war noch vor Bestehen von SADSAWU: „Wir legen Streit vorher bei.“

Martina Schwikowski



Die Autorin ist freie Journalistin in Johannesburg, Südafrika

Lobby für Mindeststandards

Niemand weiß genau, wie viele Hausangestellte es weltweit gibt. Ein neuer Bericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) geht von „zig Millionen“ aus, Tendenz steigend. Das sind im Wesentlichen Frauen, aber auch viele Kinder.

Die ILO hat den Bericht an Regierungen, Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen geschickt. Sie sollen überlegen, wie diese Beschäftigungsverhältnisse künftig geregelt werden können. 2010 und 2011 steht ein Übereinkommen für Hausangestellte auf der Tagesordnung der Internationalen Arbeitskonferenzen. Es geht um nicht weniger als eine weltweite Vereinbarung über Mindeststandards für Hausangestellte.



Foto: © Annette Schulz

Karin Pape

Wie in dieser Ausgabe gezeigt wird, ist die Situation von Hausangestellten sehr unterschiedlich. Alle aber verrichten ihre Arbeit vereinzelt und unsichtbar, in der Regel informell, ohne den Schutz von Arbeitsgesetzen und ohne Zugang zu sozialen Sicherungssystemen. Dadurch sind Ausbeutung und Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Ihre Isolation macht es Hausangestellten besonders schwer, kollektiv für ihre Interessen einzutreten. Dass es trotzdem geht, beweisen Organisationen wie SADSAWU (South African Domestic Service and

Allied Workers Union) in Südafrika, deren Generalsekretärin Myrtle Witbooi durch sonntägliche Weiterbildungskurse in der Garage ihrer Arbeitgeberin den Grundstein für die Gewerkschaft legte. SADSAWU bringt diese Erfahrungen in das 2008 in Genf gebildete globale Netzwerk von Hausangestelltengewerkschaften und Unterstützerorganisationen ein. Es wird von der Internationalen Gewerkschaft der Lebensmittel- und Hotelarbeiterinnen (IUL) und der Nichtregierungsorganisation WIEGO (Women in Informal Employment: Globalizing and Organizing) koordiniert. Das Ziel ist Lobbyarbeit für eine ILO-Konvention und eine bessere Organisation der Hausangestellten – denn durchsetzen können wird man auch die beste Konvention nur mit starken Gewerkschaften.

Auch in Deutschland wird Arbeit im Haushalt meist informell erbracht. Wenige wissen, dass es dafür auch Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder Zugang zur Sozialversicherung geben kann – z. B. mit dem Haushaltsscheckverfahren der Minijobzentralen. Die Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG) schließt auch Tarifverträge für Hausangestellte ab. Wer nicht nur den „armen Menschen im Süden“ helfen, sondern sich auch im eigenen Leben gerecht verhalten will, kann sich informieren. In Bremen wird am „Runden Tisch Hausangestellte“ auf Initiative der NGG bereits beraten, wie man die Selbstorganisation der Hausangestellten fördern kann.

Karin Pape



Die Autorin ist Europa-Koordinatorin von WIEGO



Informationen: www.wiego.org,
www.domesticworkerrights.org



Link zum ILO Bericht: www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---ed_norm/---relconf/documents/meetingdocument/wcms_104700.pdf

© Stephen Francis & Rior; www.madamandeve.co.za

Nur noch Feiertage für Hausangestellte: „Madam and Eve“-Karikaturen im neuen Südafrika

**Casimira Rodríguez Romero**

Vielseitige Dienstleistungen

„Auf der Straße müssen wir unsere Rechte durchsetzen. Wir müssen auf uns aufmerksam machen, denn von allein ändert sich gar nichts“, erklärt Casimira Rodríguez und nimmt den hellen Strohhut ab. Die Bolivianerin weiß genau wovon sie spricht, denn als Vorsitzende der Gewerkschaft der Hausangestellten hat sie genauso für Veränderung gesorgt wie als Justizministerin. Leise und bestimmt spricht die Frau, die weit über Bolivien hinaus für Schlagzeilen gesorgt hat. Als Boliviens erste indigene Ministerin ließ sie sich 2006 traditionell gekleidet vereidigen, mit dem Umhang, dem Faltenrock, der Pollera, und dem Strohhut, unter dem die beiden dicken Zöpfe hervorquellen.

Die 43-Jährige ist ein Symbol für die indigene Bevölkerungsmehrheit in Bolivien, für die Frauen und für die Hausangestellten, denn zu ihnen gehört Casimira Rodríguez. Wie viele andere junge Mädchen vom Land wurde sie mit gerade 13 Jahren in die Stadt geschickt, um Geld für die Familie zu verdienen. „Ich wurde wie ein Objekt

behandelt, und die ersten Jahre erhielt ich keinen Lohn“, erzählt Rodríguez. Irgendwann verlor sie die Angst, brach aus der Isolation aus, traf sich mit anderen Hausangestellten und informierte sich über die eigenen Rechte. Das war der erste Schritt zur Gründung der lokalen Gewerkschaft.

1993 legte der Dachverband, die Fenatrahob, dem Parlament einen Gesetzesentwurf zur Regelung der Arbeit in fremden Haushalten vor. „Für die Presse war das eine Sensation, denn bis dahin waren die lokalen Gewerkschaften und die Hausangestellten selbst kaum wahrgenommen worden“, erzählt Casimira Rodríguez lächelnd. Das hat sich geändert, denn seit sechs Jahren gibt es das Gesetz Nummer 2450, welches die Rechte der Hausangestellten definiert. Rechte, die im Alltag allerdings oft noch durchgesetzt werden müssen. Dabei hilft Casimira Rodríguez bis heute mit. Allerdings nicht mehr in vorderster Linie, denn die ehemalige Ministerin hat sich aus der Politik zurückgezogen. Heute studiert sie und arbeitet



Foto: © Knut Henkel

Casimira Rodríguez Romero

in einer Menschenrechtsorganisation in Chochabamba für die Durchsetzung der Frauenrechte in Bolivien.

Knut Henkel

 Der Autor ist freier Journalist in Hamburg**Barbara Miranda**

Papierlose Gewerkschafter

Noch einen Milchkaffee. Dann muss sie los. Zu Verdi. Um Menschen ohne Papiere zu beraten, wenn sie Ärger mit dem Arbeitgeber haben. Barbara Miranda gehört zu dem Arbeitskreis, der die Beratung im Berliner Gewerkschaftshaus organisiert. Das Projekt ist noch neu. Sie ist aufgeregt. Wer wird wohl heute kommen?

Im Hauptberuf ist Barbara Miranda Kindermädchen. Sie kam vor sieben Jahren aus Chile nach Deutschland, weil Teile ihrer Familie hier leben. Als Touristin. Und blieb. Ohne Papiere. Die 28-Jährige trägt modische Sneakers, dazu ein buntes warmes Tuch um die Schultern, einen Stil-Mix aus Berlin-Kreuzberg und Latino, ein Bild für ihr Lebensgefühl: „Ich bin mit dem einen Fuß hier und mit dem anderen Fuß da“, sagt sie. So zu leben wie ihre Freundinnen in Chile würde ihr heute schwer fallen. Aber hier in Berlin sehen viele sie als Fremde. Erst gestern sagte wieder ein Mann „schlimme Worte“ zu ihr, weil sie Ausländerin ist. Trotzdem: „Das ist mein Zuhause.“ Bei Respect, einem europäischen Netzwerk, das Migrantinnen – vor allem Hausangestellte – unterstützt, traf

sie Frauen, die ähnlich empfinden. Das hat sie gestärkt. „Wir waren immer die Armen, die Opfer, immer die mit den vielen Problemen“, sagt sie, „weil wir illegal hier leben, kann jeder alles mit uns machen. Aber wir drehen jetzt die Tortilla um und kämpfen.“ Erst neulich kam eine Frau zu ihr und erzählte, sie sei von ihrem Chef sexuell belästigt worden, dem Inhaber einer Pizzeria. Zur Polizei gehen konnte sie nicht. Der Typ hätte schlicht gesagt: Wieso, die hab ich nie gesehen. Und die Frau wäre die Kriminelle gewesen, weil sie illegal in Deutschland lebt. „Aber wenn Verdi dem Mann einen Brief schreibt, – unser Mitglied ... ist von Ihnen belästigt worden – dann spürt der: Er kann nicht alles machen. Das ist ein Anfang.“ Sechs Jahre hat es gebraucht, um die Gewerkschaft für die Arbeit mit Menschen ohne Papiere zu öffnen. „Wir sind auch Arbeiterinnen“, hat Barbara Miranda immer wieder gesagt, „wir möchten Mitglied bei euch werden.“ Seit 2008 berät nun die Gewerkschaft in Hamburg, seit März 2009 gibt es zweimal im Monat eine Sprechstunde in Berlin. Barbara Miranda jammert nicht, dass es für die Beratung kein Honorar gibt. „Wir



Foto: © Kerstin Zillmer

Barbara Miranda

sind viele“, sagt sie mit Schalk in den Augen. „Wenn die ersten 1000 von uns bei Verdi sind, verhandeln wir neu.“

Cornelia Gerlach

 Die Autorin ist freie Journalistin in Berlin



Europa macht härter

Maria* ist Peruanerin und seit fünf Jahren in Deutschland. Sie putzt in Berlin für ein karges Einkommen, ihr Sohn in Peru blieb in Cusco zurück.

Himmelblau sind Marias Gummihandschuhe. Die 39-Jährige schrubbt nicht vorhandene Kalkstellen aus einem Büropülbecken irgendwo in Berlin-Kreuzberg. Sie steht gebeugt, die Sonne auf dem Rücken. „Tengo que trabajar, trabajar, trabajar“ – Ich muss arbeiten, arbeiten, arbeiten. Nur die Arbeit verschaffe ihr Rückendeckung, erzählt sie. Denn ihre Aufenthaltserlaubnis läuft im August 2010 aus. Verlängert wird sie nur, wenn ihr Lebensunterhalt gesichert ist – so steht es im Zuwanderungsgesetz.

Momentan allerdings ist nichts sicher in Marias Leben. Im Juli letzten Jahres hat sie ihre Anstellung bei einer Putzfirma verloren. Seitdem bezieht sie 350 Euro Arbeitslosengeld. Außerdem putzt sie drei Stunden die Woche in Kreuzberg und sporadisch bei einem Professor in Potsdam. In ihrer Freizeit sammelt sie Pfandflaschen. Dass sie in der elften Woche schwanger ist, macht die Sache nicht leichter. „Pero lo puedo hacer“, sagt sie immer wieder: Aber ich kann es schaffen.

Ihr Mann Pedro, ebenfalls Peruaner, ist zwei Wochen zu Besuch in Berlin. Der 42-Jährige hat nur eine Arbeitserlaubnis für Spanien, nicht für Deutschland. In Madrid arbeitet er als Zusteller. Damit er nachkommen darf, braucht seine Frau eine feste Arbeit. Mindestens 1500 Euro netto müsste sie im Monat verdienen, sagt sie. Als sie noch regulär putzte, brachte sie es gerade mal auf 780 Euro netto. Anfangs arbeitete sie für 6,25 Euro die Stunde bei einer Leiharbeitsfirma. Dann putzte sie für 7,15 Euro von sechs Uhr morgens bis halb eins. Die Arbeitsbedingungen waren gut, sagt Maria. Besonders die Stimmung unter den Kollegen. Doch der Zeitdruck sei enorm gewesen.



Foto: © Kerstin Zillmer

Arbeit „unter der Hand“ sichert den Aufenthalt ab.



Foto: © Kerstin Zillmer

Deutschland war das Land ihrer Träume: eine Peruanerin finanziert mit Putzjobs die Ausbildung ihres Sohnes.

Sie wienerte, so schnell sie konnte, um Büros und Stockwerke rechtzeitig fertig zu bekommen. Dennoch wurde ihr Vertrag nach zwei Jahren nicht verlängert. Gewerkschaftlich organisiert ist Maria nicht. „Ich kenne keine Gewerkschaften hier in Berlin“, sagt sie. Und ergänzt, dass es vielleicht gut wäre, sich zusammenzutun. „Dann wüsste ich etwas über meine Rechte als Arbeiterin.“

In Europa liege das Geld auf der Straße, glaubte die junge Maria, als sie in ihrer Heimatstadt Cusco nahe der alten Inca-Stadt Machu Picchu die Wäsche fremder Señoras im Fluss knetete. Der peruanische Himmel war blau wie die Berliner Gummihandschuhe. Maria und Pedro schlugen sich damals mit Gelegenheitsjobs durch. Einen Tag gab es Arbeit, den anderen nicht. So ist das in Peru.

Im Januar 2004 bekam sie ein deutsches Visum. Sie packte ihren großen Hartschalenkoffer und ging. Maria verließ ihr Ein-Zimmer-Haus in Cusco, ihren Ehemann Pedro und ihren 15-jährigen Sohn Enrique. „Die Opfer, die du und ich bringen, sind nicht umsonst“, sagte die Mutter dem Sohn dann jahrelang am Telefon. Enriques Ausbildung im

Hotelwesen kostete Geld. Sie schickte 150 Euro monatlich. Seit kurzem nicht mehr, denn der Junge ist jetzt 20 und arbeitet für die Fluggesellschaft LAN Perú. Sie hofft, dass er die Probezeit besteht.

Auf dem Foto neben Marias Bett ist er noch immer ein pausbäckiger 15-jähriger Bub. Die Peruanerin wohnt in einem graffitiverzierten Hinterhaus in Kreuzberg. 27 Leute, darunter Feministinnen, Autonome und Frauen wie Maria, teilen sich eine Küche. Die Möbel in ihrem Zimmer sind Geschenke: eine gebrauchte Bettcouch mit Blümchenmuster, ein klappriges Regal – und ein moderner Flachbildfernseher: Den bekam sie zu Weihnachten von dem Professor, dessen Wohnung sie putzt. Er brauche ihn nicht mehr, hat er in die Karte geschrieben. Europa hat die ganze Familie verändert. Der Sohn ist selbständig geworden, Maria stärker, aber auch härter. Ihr Mann sagt, sie zeige ihm nicht mehr, dass sie ihn liebt. Sie sagt ihm, sie fühle nicht, dass er glücklich ist. Dabei erwarten sie ein Kind. Morgen haben sie einen Anwalts-termin. Vielleicht, hoffen sie, ändert die Schwangerschaft etwas, vielleicht kann er doch noch legal einreisen.

Ines Renninger

 Die Autorin ist freie Journalistin in Berlin

*Die Namen wurden von der Redaktion geändert.



Intime Verhältnisse

In den Vereinigten Arabischen Emiraten reinigen Migrantinnen aus Asien die Häuser der Reichen. Für das Einkommen einiger Jahre liefern sie sich aus.

Die riesige Eingangstür der Villa führt direkt ins Entrée. Ein Marmormosaik ergießt sich über den Fußboden, spiegelblank, ohne den geringsten Makel. Das Hausmädchen, in klassisch schwarz-weißer Dienstuniform mit Röckchen und Spitze, führt uns vorbei am duftenden Blumenbouquet in den Salon.

Die Dame des Hauses kommt aus Deutschland und lebt seit über zehn Jahren in den Emiraten: „Wir haben insgesamt sechs Hausangestellte: einen pakistanischen Fahrer, der meinen Mann zur Arbeit oder zum Flughafen fährt und mich zum „Coffee Morning“ bringt; in der Zwischenzeit erledigt er die Einkäufe. Dann haben wir zwei Hausmädchen, eines aus Sri Lanka, das andere aus den Philippinen.“ Die beiden „Maid“ sind für die Sauberkeit in der 15-Zimmer Villa und für die Wäsche zuständig. Damit dieser Job zu bewältigen ist, wird alle Oberbekleidung in die Reinigung gegeben. Eine indonesische Köchin

sorgt für kulinarische Abwechslung, ein indischer Gärtner pflegt das Grundstück und eine Hausmanagerin organisiert die Arbeitsaufteilung. Sie habe ihre Angestellten mit Absicht aus möglichst vielen verschiedenen Herkunftsländern ausgesucht, fügt die Hausherrin leise hinzu, „damit sie nicht so viel miteinander schnacken bei der Arbeit“. Sie selbst tauscht sich beim „Coffee Morning“ gern mit Landsfrauen aus. In der deutschen Ge-

Heimat ist alles genau geregelt: Offiziell gibt es ein festes Gehalt, einen freien Tag in der Woche, und die tägliche Arbeitszeit sollte acht Stunden nicht überschreiten. Überprüft wird das nicht. Da das Visum der Hausangestellten von ihren Arbeitgebern abhängt, gibt es fast nie Beschwerden. Unproblematisch ist dieses „intime“ Arbeitsverhältnis allerdings nicht. „Mein letzter Arbeitgeber, ein Amerikaner, hat versucht mich zu vergewaltigen, als seine Frau nicht da war. Ich konnte mich aber einschließen, und so ist mir nichts passiert“, berichtet eine Filipina mit stockender Stimme. In ihrem Fall ist die Agentur, die sie an das Ehepaar vermittelt hatte, „unbürokratisch“ eingesprungen und hat ihr eine neue Familie gesucht.



Foto: picture-alliance/dpa/Daniel Kamann

Gastarbeiterinnen des Straßenbauamtes in Dubai tragen zum rasanten Ausbau der Stadt bei.

meinde gibt es eine „Anti-Maid“-Lobby: „Ich bin seit fünf Jahren in Abu Dhabi und mache immer noch alles selbst!“, verkündet eine Dame mit Stolz. „Das ist doch moderne Sklaverei, geradezu unmenschlich! Und dann putzen sie doch nicht so, wie ich es will.“

Eine „Fulltime Maid“, die bei freier Kost und Logie mit im Haus lebt, kostet monatlich etwa 400 Euro. Dafür übernimmt sie den gesamten Haushalt und passt auf die Kinder auf. Ihre eigene Familie, zuweilen sogar einen Säugling, hat sie zu Hause zurück gelassen. Ihre regelmäßigen Überweisungen finanzieren oft eine ganze Großfamilie, ermöglichen einen überfälligen Hausbau oder sichern die Ausbildung der Kinder. Ihnen soll es einmal besser gehen, wünschen sich die Migrantinnen, auch wenn sie ohne ihre Mutter, manchmal sogar ohne beide Elternteile aufwachsen. In der neuen

Gewerkschaften gibt es in den Emiraten nicht. Für die meisten Frauen sind die Heimatbotschaften der einzige Anlaufpunkt. Etwa 80 Beschwerden jährlich gehen beispielsweise bei der Botschaft von Bangladesch ein. Die Klagen sind vielfältig: Entzug des Passes, Vorenthalten des Lohns, Schläge, Verbrennungen, Vergewaltigungen. Die Botschaft Sri Lankas hat sogar Notunterkünfte für bedrohte Maids eingerichtet. Sie übernimmt auch die Organisation und Bezahlung von Gerichtsverfahren gegen die Arbeitgeber. Die werden immer häufiger zu Entschädigungszahlungen oder Gefängnisstrafen verurteilt. Die Migrantinnen aber können nur hoffen, dass sie mit dem nächsten Arbeitgeber mehr Glück haben.

S. Abed

 Die Autorin ist freie Journalistin in Abu Dhabi.



Pakistanischer Gärtner pflegt in den Emiraten Dattelpalmen.



Aus der Arbeitswelt: Sierra Leone

Hoffen auf den großen Stein

120.000 Schürfer werden in Sierra Leones Diamantenminen ausgebeutet. Die Minenarbeitergewerkschaft versucht sie zu organisieren, doch „Unterstützer“ schüchtern die Arbeiter ein.

Zielstrebig schreitet Mohamed Bah zu seinem Arbeitsplatz unten am Wasser. Unter dem Arm klemmt sein Arbeitswerkzeug: ein flaches, wagenradgroßes Sieb. „Ich muss warten, bis meine Kollegen das Geröll herüber tragen“, erklärt der 39-Jährige, der seit zehn Jahren Diamanten schürft. Wie eine offene Wunde frisst sich das Abbauloch mit seinen Auswucherungen in den Busch hinein. Bungema 1 ist eine der unzähligen oberirdischen Minen in Kono, dem östlichsten Bezirk in Sierra Leone. In dem kleinen westafrikanischen Staat werden Diamanten bester Qualität gefördert und

Reichtum. Die überwiegende Mehrheit arbeitet wie Mohamed Bah informell, in einer Art Knechtschaft. Die kleinen, oberirdischen Minen gehören in der Regel Sierra-Leonern. Der lukrative unterirdische und industrielle Abbau hingegen liegt in den Händen weniger ausländischer Unternehmen wie der südafrikanischen Koidu Holdings Ltd. Die gehört zum Konzern Diamond Works, einer Tochterfirma der während des Bürgerkriegs in diesem Gebiet eingesetzten Söldnertruppe Executive Outcomes. In der vor wenigen Monaten erschlossenen Mine Bungema 1 arbeiten mehr als 150 Schürfer. Land und Lizenz gehören einem hohen traditionellen Führer. Verwaltet wird die Mine vom Dorfgemeinschaftskomitee, das am Gewinn prozentual beteiligt ist und damit in die Dorfentwicklung investiert. Die „Wäscher“ stehen bereits bis zu den Knien im Wasser und säubern das Geröll mit den



Foto: © Karin Desmarowitz/agenda

Auch winzige Rohdiamanten findet man nur gelegentlich.

genannte „Unterstützer“ angewiesen. Das sind relativ wohlhabende Bauern oder Händler. Sie stellen ihren dreiköpfigen Arbeitstrupps Werkzeug und zahlen jedem am Tag pro Kopf 2000 Leones, umgerechnet 50 Eurocent, als Vorschuss für die Verpflegung.

Mohamed Bah lebt von der Hoffnung, den großen Diamanten zu finden – und von den 50 Eurocent am Tag. Davon muss er auch das Schulgeld für seine 18-jährige Tochter zahlen. Wie er das alles schafft? Er zuckt resigniert die Schultern, Verzweiflung und Sorge haben sich tief in sein Gesicht gegraben. „Wenn ich abends nach Hause komme, schwöre ich mir, dass ich aufhöre“, erzählt er. „Am Morgen gehe ich wieder los, weil ich hoffe, dass ich heute endlich einen großen Stein finde.“ Den letzten – der hatte zwei Karat – fand er vor über zwei Jahren. Der „Unterstützer“ hat ihn verkauft und seinen Anteil und die Ausgaben abgezogen. Für Mohamed Bah blieben 150 000 Leones übrig. Das sind umgerechnet knapp 40 Euro.

In der Hauptstadt Freetown sitzt Ezekiel R. Dyke in seinem Büro mit Blick auf den Atlantik. „Die Schürfer werden ausgebeutet“, sagt der Generalsekretär der Gewerkschaft der Minenarbeiter (United Mineworker Union, UMU). Deshalb will die UMU diesen informellen Arbeitsbereich organisieren. Vor vier Jahren lud sie die traditionellen Führer und die Ältesten, Politiker, Manager, Unterstützer und Schürfer zu einem großen Workshop nach Koidu. Dort gelang es, Vereinbarungen über Arbeits- und Sicherheitsstandards zu treffen. „Wir wollen die Beteiligten dabei unterstützen, Kooperativen mit diesen Vereinbarungen zu gründen“, sagt der Gewerkschafter.

Doch es ist schwierig, die Schürfer als Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen. „Die Unterstützer schicken die Arbeiter weg, wenn sie hören, dass sie in der Gewerkschaft sind“, sagt Ezekiel R. Dyke. „Das schreckt die Arbeiter ab.“ Er hofft auf die Unterstützung von Entwicklungsorganisationen und der Regierung.

Michaela Ludwig

 Die Autorin ist freie Journalistin in Hamburg



Foto: © Karin Desmarowitz/agenda

Beim Abbau der Diamanten sammelt sich Schlammbrühe an, das Geröll wird ausgesiebt, die Arbeiter ausgebeutet.

zur Weiterverarbeitung ins Ausland exportiert. Sie sind Fluch und Segen zugleich, denn mit dem Verkauf der so genannten „Blutdiamanten“ finanzierten die Rebellen auch den blutigen Bürgerkrieg, der erst vor sieben Jahren endete.

Obwohl der Sektor 120.000 Menschen beschäftigt, das sind zehn Prozent der erwachsenen Bevölkerung, profitieren nur wenige von diesem

kreisenden Bewegungen der Siebe. Während sie mit ihren muskulösen Armen die Siebe in die Brühe tauchen und weiter rotieren lassen, sammeln sich die Steine in der Mitte. Die Blicke gleiten voller Sehnsucht über das wertlose Geröll. „Kein Diamant“, sagt Mohamed Bah. Wieder nichts, seit Tagen schon. Da die Schürfer keine Ersparnisse besitzen, von denen sie leben und eigenes Werkzeug kaufen können, sind sie auf Investoren, so



Unilever Pakistan: Permanente Leiharbeit

Der multinationale Nahrungsmittelkonzern Unilever hält sich in Pakistan nicht an die Gesetze, sagt die Internationale Gewerkschaft der Lebensmittelarbeiter (IUL).

Die IUL wirft der Firma in einem Bericht auf ihrer Webseite vor, Kontraktarbeiter für dauerhafte Arbeit einzusetzen: „Unilever beschäftigt etwa 750 Arbeiter in der Lipton-Teefabrik in Khanewal, doch davon sind nur 22 direkt bei Unilever angestellt, die anderen werden von Leiharbeitsfirmen beschäftigt. Diese Arbeiter bekommen nur ein Drittel von dem, was die permanenten Arbeiter kriegen, und dürfen nicht einmal ihre Stimme durch die Gewerkschaft erheben.“ Die meisten arbeiten schon seit mehr als zehn Jahren in der Fabrik, heißt es in dem Bericht. Sie hätten nach neun Monaten fest angestellt werden müssen.

Für den lokalen Repräsentanten der niederländischen Firma, Haroon Waheed, ist das gar nichts Besonderes: „Wir haben Leiharbeitsfirmen engagiert, wie es in der Praxis der Industrie und im Wettbewerb in Pakistan üblich ist. Die Auslagerung von Arbeit war in der Teefabrik von Khanewal schon immer ganz normal, seit den Tagen von Brooke Bond.“ Diese Tage liegen 15 Jahre zurück. Der Präsident des pakistanischen Gewerkschaftsbundes Noor Muhammene schätzt diese Tradition nicht: „Die Praxis, Arbeiter von Leiharbeitsfirmen für die Fabrik in Khanewal anzuheuern, um dauerhafte Beschäftigung zu vermeiden, ist ein klares Beispiel von Nachlässigkeit gegenüber den Beschäftigten.“ Der Unileversprecher jedoch weist den Vorwurf der IUL, die Arbeiter dürften sich gewerkschaftlich nicht organisieren, zurück.



Foto: Unilever

Teefabrik in Pakistan: fest angestellt sind wenige.

Waheed: „Unilever Pakistan hat das Recht der Arbeiter, Gewerkschaften zu bilden, immer anerkannt. Außerdem haben alle Arbeiter, unabhängig von ihrem Status, nach dem pakistanischen Arbeitsgesetz das Recht in eine Gewerkschaft einzutreten. An jeder Produktionsstätte von Unilever Pakistan gibt es deshalb eine repräsentative Gewerkschaft. Zusammen haben sie einen Verband gebildet, der auch als kollektiver Verhandlungspartner registriert ist.“

Unilever hat seinen Kodex für Geschäftsprinzipien vor sieben Jahren an internationale Standards angepasst, beispielsweise an die Leitlinien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für multinationale Konzerne. Die Anerkennung von Gewerkschaften gehört dazu. Doch die Verantwortlichkeit für Kontraktarbeiter bleibt ungeklärt. Waheed: „Vom Gesetz her sind die Leiharbeitsfirmen für die Aufsicht, das Management und die Entlohnung ihrer Beschäftigten zuständig.“ Jetzt haben Vertragsarbeiter in Khanewal ihre eigene Gewerkschaft gegründet. Sie wird von der Nationalen Föderation der Lebensmittel-, Getränke- und Ta-



Foto: Qamar ul Hassan/IUL

Seit mehr als zehn Jahren in Unilevers Teefabrik in Khanewal. Jetzt kämpfen die Leiharbeiter um feste Jobs.

bearbeiter in Pakistan unterstützt, dem lokalen Mitglied der IUL. Sie hilft etwa 200 Vertragsarbeitern dabei, permanente Beschäftigung beim Arbeitsgericht zu erstreiten. „Das Urteil steht noch aus“, sagt der Sprecher der Firma. Die IUL wirft ihr Strafaktionen gegen die Arbeiter vor und macht eine Kampagne zu deren Unterstützung.

Majid Salman

Die Autorin ist Journalistin in Karachi, Pakistan;
Übersetzung aus dem Englischen: Sigrid Thomsen

Informationen: www.iuf.org

Mexiko: Gleichheit für Frauen beim Autobau

Beim Bauen von Karosserien verdienen Frauen in Mexiko gut ein Drittel weniger als Männer. Das hat eine Studie über die Arbeitsbedingungen in der deutschen Automobilindustrie am Beispiel von Volkswagen Puebla ergeben, die im Rahmen eines vom DGB Bildungswerk geförderten Projekts zur Unterstützung von Frauen in den Gewerkschaften erhoben wurde.



Foto: © Marshlight, flickr, cc 2.0

Seit 45 Jahren baut VW in Mexiko „Beetle“

60 Prozent der weiblichen Befragten bei VW Puebla gaben sogar an, an ihrem Arbeitsplatz sexuellen Belästigungen ausgesetzt zu sein. In diesem von Männern dominierten Industriezweig haben nur 68 Prozent der weiblichen, jedoch 91 Prozent der männlichen Mitarbeiter einen ordentlichen Arbeitsvertrag. Frauen, die weniger als vier Prozent der Beschäftigten in der Automobilindustrie stellen, sind oft über ihre Rechte am Arbeitsplatz schlecht informiert, wie die Studie ergab. Viele Befragte fordern eine bessere Ausbildung und gleichwertige Behandlung – auch von der Gewerkschaft. Die Organisation „Red de Mujeres Sindicalistas“, mit der das DGB Bildungswerk hier zusammenarbeitet, will nach der Auswertung der Studienergebnisse den Dialog zwischen Unternehmen, Gewerkschaft und Frauen fördern. Bei der Verwaltung von Volkswagen in Puebla wurde ein Gleichstellungsbüro eingerichtet, das mit der Frauenorganisation und Gewerkschaftsvertretern zusammenarbeiten soll.



Korrektur von Zahlen

Ein aufmerksamer Leser der „Nord Süd news“ hat die Redaktion auf einen Widerspruch in der letzten Ausgabe aufmerksam gemacht: Die Spitzenmeldung auf Seite 8 berichtet an dieser Stelle aus der jährlichen Übersicht des Internationalen Gewerkschaftsbundes, dass Kolumbien mit 39 ermordeten Kolleginnen und Kollegen 2007 das gefährlichste Land für Gewerkschafter war. Auf Seite 7 jedoch wird im Bericht „DGB Bildungswerk in Belém – wem nützen Großprojekte?“ ein brasilianischer Kollege bei einer Podiumsdiskussion mit der Aussage zitiert, „750 Gewerkschafter seien allein im letzten Jahr ums Leben gekommen“ – womit Brasilien weitaus gefährlicher wäre. Die Redaktion hat nachgefragt, und die Kollegen in Brasilien haben ihre Quellen geprüft: „Die Zahl von 750 ermordeten Gewerkschaftern ... bezieht sich auf den Zeitraum der letzten zehn Jahre, worin 2008 einbezogen ist“, heisst es in ihrer Antwort. Die Zahlen stammten von einer bischöflichen Kommission, mithin einer glaubwürdigen Quelle. In der Mehrzahl seien die Ermordeten Landarbeiter, Gewerkschaftsführer insbesondere im Staat Pará.

Widersprüche in Indien



„Arbeitsmarkt, Konkurrent, Kooperationspartner – Indien im Spannungsfeld von Wirtschaftsboom, Weltmachtstreben und sozialer Misere“, mit diesem Untertitel ist der inhaltliche Bogen des „Länderportrait Indien“ gespannt. Auf 70 Seiten beschreibt die vom DGB Bildungswerk in Zusammenarbeit mit der IG Metall und der Friedrich Ebert Stiftung herausgegebene Broschüre Geschichte, wirtschaftliche Entwicklung und regionale Eingebundenheit des südasiatischen Subkonti-

nents und geht auf die Besonderheiten der indischen Wirtschaft ein. 20 Seiten sind Arbeitsmarkt, Sozialpolitik und der Gewerkschaftsbewegung eingeräumt; dabei werden auch mögliche Kooperationsbereiche für die internationale Gewerkschaftsarbeit aufgegriffen. Die Broschüre ist 2008 erschienen und kann beim DGB Bildungswerk bestellt werden.

 www.nord-sued-netz.de/de/medien.html

Lebendige Erzieher

Die GEW sei eine lebendige Gewerkschaft, und das sei das wichtigste, fand der Gewerkschaftsvorsitzende Mamadou Barro aus Burkina Faso nach der Verfolgung kontroverser Debatten beim Gewerkschaftstag der GEW Ende April in Nürnberg. Der Westafrikaner gehörte zu den internationalen Gästen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft.



Foto: Kay Henschelmann/GEW

Afrikanische Gäste beim Gewerkschaftstag der GEW

Dass sich alle äußern können und Vorstandsmitglieder Rechenschaft ablegen müssen, habe ihn beeindruckt, heißt in einer Pressemeldung der GEW: „Das würde ich gern auch bei uns einführen“. In Burkina Faso funktioniere die Rechenschaftspflicht nach dem Mülleimerprinzip: „Da wird viel abgeladen, was nicht direkt zur Person gehört. Das müssen die Kandidaten aushalten“. Ihr Mandat erhielten sie ja für die Gewerkschaft und nicht für sich selbst. Mit anderen Gästen aus dem Ausland hatte Barro Gelegenheit zum Besuch des größten Berufsschulzentrums Europas in Nürnberg. „So etwas werden wir uns nie leisten können“, meinte er beim Anblick der modernen technischen Ausstattung.

Regeln für alle

„Verbindliche Regeln, die für alle gelten!“ – unter dieser Überschrift hat der DGB Bundesvorstand im April ein Positionspapier zur „Corporate Social Responsibility“ (CSR) vorgelegt. In zehn Punkten stellt der Bundesvorstand seine Haltung zur so-

zialen Verantwortung von Unternehmen klar: Freiwillige Vereinbarungen können gesetzliche Schutzregelungen für Arbeitnehmer nicht ersetzen. Sie bergen Risiken, wenn sie nur zu Werbezwecken benutzt werden, können jedoch auch Arbeitnehmervertretern für öffentliche Erklärungen dienen. Der DGB fordert Unternehmen wie Gewerkschaften zum Dialog auf und erwartet von der Bundesregierung Schritte zur Umsetzung der Leitlinien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) – aus seiner Sicht das derzeit beste Instrument zur Durchsetzung international gültiger Umwelt-, Arbeits- und Sozialstandards.

 Weitere Informationen: christoph.hahn@dgb.de

Termine

12.07.–17.07.2009

„Containerflut – Der Hamburger Hafen als Drehkreuz im Globalisierungswettlauf“
| DGB Tagungszentrum Hamburg

13.09.–18.09.2009

„Globale Ungleichheit – Hat die Politik vor Hunger, Suchen und Armut kapituliert?“
| DGB Tagungszentrum Hattingen

27.09.–02.10.2009

„China auf der Überholspur: Wachstumslokomotive für alle oder Konkurrent um Produktion und Arbeitsplätze?“
| DGB Tagungszentrum Hattingen

Anmeldung und Informationen:

www.nord-sued-netz.de

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzender: Dietmar Hexel
Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich
Verantwortlich: Nina Berg
Redaktion: Sigrid Thomsen
Layout: Achim Konopatzki
Druck: Setzkasten Düsseldorf
gedruckt auf FSC-Papier 

DGB Bildungswerk e.V.
Nord-Süd Netz
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
Tel.: 0211/4301-371, Fax: 0211/4301-500
nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
www.nord-sued-netz.de
www.dgb-bildungswerk.de

Spendenkonto: SEB Bank AG,
Kto 101 600 9300, BLZ 300 101 11